

21.01.2015 - 17:10 Uhr

Media Service: Ende des Bankgeheimnisses: Bund drohen hohe Einbussen

Zürich (ots) -

Die Bankenvertreter machen sich stark für eine Abschaffung des Bankgeheimnisses im Inland. Doch die Einführung eines automatischen Informationsaustausches im Inland hätte für den Bund gravierende finanzielle Konsequenzen. Wie die "Handelszeitung" in ihrer neusten Ausgabe schreibt, drohen dem Bund bei der Verrechnungssteuer Einbussen von bis zu 3 Milliarden Franken. Grund dafür ist, dass die Verrechnung Steuer bei Steuertransparenz zumindest teilweise obsolet würde. Ob der Bund diese Einbussen mittels Mehreinnahmen kompensieren kann, die aus der Offenlegung bisher unverteuerter Vermögen resultieren, ist höchst ungewiss. "Wir gehen davon aus, dass die internationalen Tendenzen zur Steuertransparenz und die Angst vor der Aufhebung des Bankgeheimnisses viele Steuerpflichtige bereits dazu bewogen haben, eine straflose Selbstanzeige vorzunehmen", sagt Jakob Rüttsche, Präsident der Schweizerischen Steuerkonferenz. Optimistischer fällt die Schätzung der Eidgenössischen Steuerverwaltung aus: "Bei einer zweckmässigen Ausgestaltung dürften die Chancen intakt sein, dass per Saldo zumindest keine Mindereinnahmen resultieren."

Kontakt:

Weitere Information erhalten Sie unter der Telefonnummer 043 444 57 77.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100009535/100767489> abgerufen werden.